

Antrag 9/II/2023**Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt****Zusatzqualifikation „Recht“ für Lehramtsstudierende anbieten**

- 1 Die SPD Brandenburg fordern die SPD-Fraktion im
 2 Landtag sowie die SPD-geführten Ministerien auf:
 3 1. bei den Verhandlungen der Hochschulrah-
 4 menverträge Mittel für die Implementierung
 5 einer Zusatzqualifikation „Recht“ für Lehr-
 6 amtsstudierende an der Juristischen Fakultät
 7 der Universität Potsdam bereitzustellen, so-
 8 wie deren Errichtung zu fördern.
 9 2. eine Rechtsfortbildung bei der Neustrukturie-
 10 rung des LISUM (Landesinstitut für Schule und
 11 Medien) zu berücksichtigen.

12

Begründung

14 Um die nachfolgenden Generationen zu mündigen
 15 und selbstbestimmten Bürger*innen zu machen,
 16 braucht es auch die Auseinandersetzung mit dem
 17 Rechtssystem. Vor allem für Studierende der Schul-
 18 fächer politische Bildung als auch Wirtschaft, Arbeit
 19 und Technik, denen die Aufgabe obliegt, dieses Ziel
 20 zu fördern, ist es daher unerlässlich, grundlegende
 21 Kenntnisse erwerben zu können, um dieser Aufgabe
 22 gerecht zu werden. Aber weder in der Studienord-
 23 nung für das Lehramt WAT (Wirtschaft, Arbeit und
 24 Technik) noch für das der politischen Bildung wer-
 25 den verbindlich rechtliche Inhalte vermittelt.
 26 Dafür gibt es aber die Möglichkeit, eingetragene Zu-
 27 satzqualifikationen zu erwerben. Dies ist auch kei-
 28 ne Neuerung in der Lehrkräfteausbildung. Sie zer-
 29 tifizieren, dass die Studierenden Kenntnisse in be-
 30 stimmten Bereichen erlangt haben, die unter Um-
 31 ständen auch bei der Bewerbung an den entspre-
 32 chenden Wunschschulen besonders berücksichtigt
 33 werden können.
 34 Da sowohl politische Bildung als auch WAT unum-
 35 gänglich Bezüge zum Recht erfordern (Arbeitsrecht;
 36 Staatsorganisationsrecht und Grundrechtsdogma-
 37 tik), die aber mangels Berücksichtigung im Studium
 38 nicht vermittelt werden, kann den Schüler*innen
 39 nicht ausreichend der Stoff vermittelt werden, der
 40 aber für ein selbstbestimmtes Leben unumgänglich
 41 ist.
 42 Daher ist es notwendig, eine solche Zusatzqualifi-
 43 kation anzubieten, um den Studierenden die Mög-

Die Antragsteller werden gebeten, sich mit den Ein-
 bringern des Antrags 13 und 14 zu einigen. Aus An-
 trag 13 sollte der Punkt 1 in den bestehenden Antrag
 9 aufgenommen werden. Antrag 14 soll gänzlich in-
 tegriert werden.

Das Ziel des Antrages soll eine entsprechende Ver-
 mittlung von Inhalten im Mittelpunkt stehen.

44 lichkeit zu gewähren, diese Kenntnisse zu erlangen.
45 An der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam
46 können hierfür bereits jetzt bestehende Veranstal-
47 tungen genutzt werden. Einzig erforderlich ist die
48 Einrichtung einer Stelle für Rechtsdidaktik, die aber
49 auch an einem Lehrstuhl angesiedelt werden kann.
50 So kann es gelingen, frühzeitig WAT und PB umfang-
51 reich qualitativ aufzuwerten.
52 In diesem Zuge müssen auch Fortbildungen für
53 Lehrkräfte angeboten werden. Da das LISUM derweil
54 neustrukturiert wird, soll hierbei die Implementie-
55 rung einer Rechtsfortbildung mitgedacht werden,
56 um auch bestehenden Lehrkräften die Chance zu ge-
57 ben, sich in diesem Bereich besser aufzustellen.